

## Staatsregierung darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen

In der Anhörung unseres Gesetzentwurfs am 16. Januar 2018 im Sächsischen Landtag erhielten wir viel Zustimmung der geladenen Expertinnen und Experten:

*„Das Sächsische Bildungsfreistellungsgesetz der Grünen ist systematisch, vollständig und umsetzbar.“*

Prof. Dr. Sabine Schmidt-Lauff,  
Helmut-Schmidt-Universität – Universität der Bundeswehr

Die Sächsische Staatsregierung sieht das wider besseren Wissens anders. Bei der Nutzung der Bildungsschecks werden politische und allgemeine Weiterbildung bewusst nicht ermöglicht.

Wer die politische Bildung derart kurzfristig behandelt, stiehlt sich aus seiner Verantwortung für die Stärkung der Demokratie und braucht sich über die Folgen nicht zu wundern. Verschreckte Fachkräfte und ein schlechter Ruf bei Investoren sind die Folgen, mit denen sich die sächsische Wirtschaft zunehmend auseinandersetzen muss.

Wir GRÜNEN meinen: Weiterbildungsgutscheine ohne das gleichzeitig gesetzlich verbriefte Recht auf Weiterbildung sind ebenso wenig zielführend wie das geringschätzig Ausklammern der politischen und allgemeinen Bildung. Unser Bildungsfreistellungsgesetz ist darauf die richtige Antwort.

**Mehr Infos zum Thema Weiterbildung:**

**[www.gruene-fraktion-sachsen.de/weiterbildung](http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/weiterbildung)**

## Kontakt

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden



**Petra Zais**  
arbeitsmarkt- und  
bildungspolitische Sprecherin  
Telefon: 0351/493 48 48  
E-Mail: [petra.zais@slt.sachsen.de](mailto:petra.zais@slt.sachsen.de)

**Parlamentarische Beratung**  
Markus Horn  
Telefon: 0351/493 48 36  
E-Mail: [markus.horn@slt.sachsen.de](mailto:markus.horn@slt.sachsen.de)

**[www.gruene-fraktion-sachsen.de](http://www.gruene-fraktion-sachsen.de)**

Diese Publikation dient der Information und darf nicht zur Wahlwerbung eingesetzt werden.

Vi.S.d.P.: Andreas Jahnel-Bastet, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag,  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

Titelmotiv: kallejipp / photocase.com, gedruckt auf 100% Recyclingpapier, Stand: Januar 2018

## Bezahlte Bildungsfreistellung in Sachsen

**Das GRÜNE Bildungs-  
freistellungsgesetz**



*„Lernen ist wie Schwimmen gegen den Strom; hört man auf, treibt man zurück und geht unter.“ (Laozi)*

### **Liebe Leserin, lieber Leser,**

das Wissen der Welt verdoppelt sich alle fünf bis zehn Jahre. Die rasch fortschreitende Digitalisierung vieler Lebensbereiche tut ihr Übriges. Eine Berufs- oder Hochschulbildung reicht heute längst nicht mehr für ein ganzes Leben. Weiterbildung ist deshalb eine Investition, die sich lohnt – für die Einzelne bzw. den Einzelnen und für das Unternehmen!

### **Technologischer Wandel und Fachkräftesicherung sind Herausforderungen für Unternehmen und Angestellte**

Produktlebenszyklen werden immer kürzer, Innovationen müssen schneller auf den Markt, der demografische Wandel kommt erschwerend hinzu: Waren 2009 noch 31 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter älter als 50 Jahre, waren es 2017 schon rund 40 Prozent. Selbstbestimmte Weiterbildungsmöglichkeiten gerade auch für ältere Menschen sind ein Muss, um den technischen und sozialen Wandel erfolgreich zu gestalten.

### **Wir müssen uns sputen!**

Zwar ist die Zahl der Menschen, die in Sachsen an einer Weiterbildung teilnehmen, auf rund 12 Prozent gestiegen, aber zum deutschen Spitzenreiter Baden-Württemberg (15 Prozent) ist der Abstand immer noch deutlich.<sup>1</sup> Erschwerend kommen große regionale Unterschiede hinzu. Im Landkreis Nordsachsen beträgt die Weiterbildungsquote bescheidene 7,8 Prozent. Es fehlen offenbar Anreize und Möglichkeiten, sich weiterzubilden.

## **Grünes Bildungsfreistellungsgesetz für Sachsen**

Die 2010 von der Staatsregierung eingeführten Bildungsschecks für berufliche Weiterbildung zeigen bislang kaum Wirkung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält einen gesetzlichen Anspruch auf bezahlte Bildungsfreistellung aber für notwendig und hat darum einen Gesetzentwurf vorgelegt. Es reicht nicht aus, Fortbildungen einzig vom Wohlwollen des Arbeitgebers abhängig zu machen.

### **Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Freistellung zum Zwecke der Weiterbildung**

Die Beschäftigten im Freistaat Sachsen sollen erstmals gegenüber ihrem Arbeitgeber einen Rechtsanspruch auf Freistellung von der Arbeit zum Zwecke der beruflichen, politischen und allgemeinen Weiterbildung bei Fortzahlung des Arbeitsentgelts erhalten. Anspruchsberechtigt ist jede/-r, die oder der im Sinne des Gesetzes als Arbeitnehmer tätig ist, ebenso Auszubildende, Beamte, in Heimarbeit Beschäftigte; kurz alle Personen, die unselbstständig arbeiten. Die bezahlte Freistellung soll es für maximal zehn Tage in zwei aufeinanderfolgenden Kalenderjahren geben, denn:

*„Wir sind ein rohstoffarmes Land, das in erster Linie auf die Bildung seiner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer setzen muss. Das Brutto-sozialprodukt entsteht ja nicht durch die Geschäftsführer allein; auch ich bin ohne meine Mitarbeiter nichts. Das Unternehmen muss also auch in seine Mitarbeiterschaft investieren. Das Bildungsfreistellungsgesetz gehört dazu.“*

Frank Schott, Geschäftsführer des Vereins „ARBEIT UND LEBEN“ Leipzig

### **Wir wollen den Kleinbetrieben in Sachsen einen Teil der Kosten für die Freistellung erstatten**

Der Anteil von Kleinbetrieben mit weniger als zehn Beschäftigten ist in Sachsen überdurchschnittlich hoch. Diese Betriebe haben Schwierigkeiten, die Freistellung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Weiterbildungszwecken zu kompensieren. Damit sie nicht zu stark belastet werden, erhalten sie für jeden Tag der Bildungsfreistellung ihrer Angestellten einen Lohnkostenzuschuss von 50 Prozent des in Sachsen durchschnittlichen Arbeitsentgelts pro Tag.

### **Wir wollen mehr als nur berufliche Weiterbildung – Demokratie braucht politische Bildung**

Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir nicht ausschließlich die berufliche Qualifizierung fördern, sondern auch politische und allgemeine Weiterbildung ermöglichen. Nur wer über gesellschaftliche Zusammenhänge informiert ist, kann sich einbringen, Verantwortung übernehmen und unser Land mitgestalten. Wir wollen politische Bildung fördern. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger staatsbürgerliche Rechte und Pflichten wahrnehmen und gesellschaftliche Zusammenhänge kritisch beurteilen können, denn Demokratie bedarf der ständigen Pflege. Und politische Bildung ist nichts anderes als Demokratie-Pflege.

<sup>1</sup> Deutscher Weiterbildungsatlas, Bertelsmann, 2015